

Einzelpreis 15 Pfennig
(Auswärts 25 Pf.)

Reichsward

Nationalsozialistische Wochenschrift Organ der Deutschen Glaubensbewegung

Der „Reichsward“ erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreise: Monatlich durch den Verlag RM 1.—, durch die Post RM 1.— (ohne Postgebühren). Deutschland monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich RM 3.—, halbjährlich RM 5.—, jährlich RM 9.—. Einzelhefte 10 Pf., die ganze Seite 498.— RM.

Graf E. Reventlow

Bei Abbestellungen entfr. Zuschlag. Rabatt nach Art. Bestellungen nehmen alle Buchhändler, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ G.m.b.H., Berlin SW 11, „Eurohaus“, Eingang Unhalstraße, 3. Etage (Kaufhaus) entgegen. — Fernsprecher: U 1, Rager 2880. Postfachkonto: Berlin 887 14.

Inhalt: Adolf Hitler und die „Weltmeinung“ / Kommt das „kommende“ Frankreich? / Krieg gegen das Christentum? / Der Staat führt die Wirtschaft! / Vor zwanzig Jahren (Wien und Berlin) / Weltwirtschaft und völkisches Erwachen / Judentum gegen N.S. (Schluß) / Faschismus in Argentinien / Der Bischof D. Berning sprach / Greuelpropaganda zugunsten Abrahams / Religionsunterricht im Zukunftsstaat / DG-Nachrichten / Duldsamkeit

Adolf Hitler und die „Weltmeinung“

Das „Ausland“ äußerte in der Tat nach Hitlers großer Rede vom 13. Juli seine Enttäuschung, ja sein allerhöchstes Mißfallen darüber, daß der Reichskanzler und Führer des deutschen Volkes sich gar nicht über die Außenpolitik geäußert hatte, sondern sich auf die Darlegung des 30. Juni und der Vorgeschichte dieses Tages beschränkte.

„Die Welt“ hatte vom deutschen Reichskanzler eine andere Rede erwartet und sprach ihm wie dem deutschen Volk durch die Organe der „Weltmeinung“ die Unzufriedenheit in strengen Worten aus. Dieselbe „öffentliche Weltmeinung“ hatte gleich mit der Ankündigung der Reichstagsitzung in Frankreich wie in England und in anderen Ländern mit jener fordernden Bestimmtheit erklärt: es stehe außer Zweifel, daß der deutsche Reichskanzler in seiner angekündigten Rede nicht allein allgemein zur Außenpolitik sprechen, sondern vor allem die deutsche Stellungnahme zu den Paktverhandlungen Frankreichs mit den anderen Mächten öffentlich festlegen werde. Die ganze Schwere des Vergehens, daß Adolf Hitler am 13. Juli nicht ein Wort über Außenpolitik gesagt hat, ermeßten wir erst an der Tatsache, daß die „Weltpresse“ eben vorher gesagt hatte, er werde die außenpolitischen Probleme behandeln. Wenn nämlich jene „öffentliche Meinung“, deren Namen schon eine unverschämte Lüge, eine Weltlüge ist, erklärt: ein Staatschef werde eine Rede hierüber oder darüber halten, so bedeutet das für besagten Staatschef einen Befehl. Adolf Hitler ist diesem „Befehl“ nicht nachgekommen, das war für ihn wie für uns alle eine Selbstverständlichkeit, über die kein Wort verloren zu werden braucht.

Zum Verständnis notwendig und deshalb von erheblichem Interesse aber ist die Frage: warum gerade in jenem Augenblick die Westmächte, Rußland usw. eine Erklärung Hitlers zur Außenpolitik erwarteten, auf das dringendste wünschten und zornig enttäuscht waren, als der deutsche Reichskanzler sich völlig auschwieg.

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht schwer: die Ereignisse des 30. Juni gaben dem größten Teil des Auslandes Veranlassung, bösen wie guten Glaubens, zu behaupten, das Ende des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland sei nahe. Hitlers Stellung erschütterte, seine Volkstümmlichkeit dahin, der Zusammenbruch nur eine Frage kurzer Zeit. Deshalb hieß es, den Augenblick zu nutzen. Der deutsche Propagandaminister hat damals in seiner Rede eine Anzahl von Lügen und Entstellungen der Auslandspresse über die Niedererschlagung der Verschwörung vom 30. Juni gegeben. Das war nur eine sehr kurze Auslese, denn es handelte sich um eine Greuelpropaganda gegen das Hitler-Deutschland von gleichem Ausmaße wie 1914. Die gesamte ausländische Presse war voll davon, und die zielbewußten Greuellogen beschränkten sich keineswegs auf die Westmächte, sogar die schwedische Presse gab sich

hemmungslos dazu her. Zeitungen, die auch nur versuchten objektiv und nach bestem Wissen zu urteilen, waren beinahe in allen Ländern vorhanden, überall aber Ausnahmen.

Die Greuelpropaganda, die Politik der öffentlichen Verleumdung und Beschimpfung, die sich gegen Adolf Hitler richtete, war bestimmt, das Deutsche Reich und den Nationalsozialismus dem Ausland gegenüber zu isolieren und andererseits Zweifel, Mißtrauen und Uneinigkeit in das deutsche Volk hineinzutragen, womöglich Unruhen hervorzurufen und auf Schwächung des Ganzen hinzuwirken, die Stellung Adolf Hitlers dem Volk gegenüber, die man wenn vielleicht nicht erschüttert, so doch erschütterbar glaubte, so viel wie irgend möglich zu schwächen und, ganz besonders, Adolf Hitler selbst unsicher zu machen nach innen und damit auch nach außen.

Auf solche Ermägungen und Bemühungen gründete sich das Drängen der Westmächte und Rußlands, daß Adolf Hitler sofort zu der von Frankreich-Rußland ausgehenden Paktspolitik Stellung nehme: je unsicherer die Zustände in Deutschland seien, je bedrohlicher sie dem deutschen Reichskanzler erschienen, und je schwächer er sich deshalb fühle, desto mehr werde er sich gehalten fühlen, seine Außenpolitik den Wünschen der Großmächte entsprechend einzustellen. Kurz, man glaubte im Auslande: der Augenblick sei selten günstig, um dem deutschen Volk seine Gleichberechtigungsbefreiungen ein für alle Male auszutreiben. Der deutsche Reichskanzler sollte unter dem Druck des Gefühls der Schwäche und Unsicherheit und des empörten moralischen Mißfallens der Welt und dem Bestreben, dieses letztere zu mildern, sich außenpolitisch gefügig erweisen.

Alle diese Berechnungen haben fehlgeschlagen, Adolf Hitler hat überhaupt nichts zur Außenpolitik gesagt, die deutsche Presse hat äußerste Zurückhaltung beobachtet. Was diese Haltung sachlich gerechtfertigt? könnte jemand fragen; wäre es nicht richtiger, zweckmäßiger gewesen, wenn Deutschland sich amtlich wie außeramtlich an dem großen europäischen Gespräch in „offener Aussprache“ beteiligt hätte?

Der deutsche Standpunkt

Selbstverständlich ist unmöglich, in einer Wochenschrift den Pfaffen von großen internationalen politischen Manövern und komplizierten Aktionen aller Art zu folgen und gar festzulegen, welche sich teils öffentlich, teils im geheimen abspielen, und bei denen man überdies oft nicht weiß, ob die öffentlichen Reden und Artikel ganz oder halb oder zu irgend einem Prozentsatz unwahr sind; ob sie die geheim gepflogenen Unterhandlungen unterstützen oder paralyzieren sollen. Kurz, es gibt da beinahe unendliche Möglichkeiten und es ist zwar nicht schwer, aus Verlautbarungen und Vermutungen und Kombinationen einen Artikel zu

machen, aber um so zweifelhafter, ein Ergebnis oder auch nur eine Voraussetzung über die Dauer eines Tages hinaus zu erzielen.

Um zu den seit vierzehn Tagen laufenden Verhandlungen und Gesprächen über den französisch-russischen Paktplan eine begründete Stellung nehmen zu können, müssen wir einen festen Punkt haben und diesen finden wir allein auf dem Boden derjenigen Außenpolitik, wie sie Adolf Hitler seit Jahr und Tag verkündete und in ungebrochener Linie ohne Winkelzüge verfolgt:

Deutschland will die Erhaltung des Friedens, verlangt von keinem anderen Staat etwas, was Deutschland nicht gehört, verlangt Gleichberechtigung und wird ohne Gleichberechtigung nicht wieder in den Völkerbund eintreten, noch an Verhandlungen desselben teilnehmen. Hiermit ist der Boden der deutschen Stellung gegeben. Die Ansicht der anderen Großmächte: man werde die Leitung der deutschen Außenpolitik auf die eine oder die andere Weise von dieser ihrer Linie abbringen können, ist irrig, das hält aber diese Mächte bis jetzt nicht davon ab, es immer wieder so oder so zu versuchen, ja man kann sagen, daß ihre, besonders Frankreichs, Politik sich hierum dreht.

Der Boden der französischen Politik bleibt nach wie vor die Aufrechterhaltung des Versailler Diktats in allen seinen Punkten. Deutsche Gleichberechtigung und bementprechende Rüstung Deutschlands bezeichnet Frankreich als vertragswidrig und den Frieden bedrohend, die französische Sicherheit gefährdend; friedensgefährdend sei auch das Ausscheiden Deutschlands aus dem sogenannten Völkerbunde; natürlich ist auch der Nationalsozialismus an sich friedensgefährdend und unmoralisch im höchsten Grade.

Mit dem Gedanken der Abrüstung spielen die französischen Staatsmänner seit Monaten ein Wechselspiel: bald denkt man — und das ist der wahre Standpunkt — nicht mehr an Abrüstung, bald spricht man von einer solchen als schönem Zukunftsgedanken und winkt, wie gerade heute, dem Deutschen Reich damit: wenn Deutschland nur erst einmal in den großen Ostpakt eintrete, so werde man an Abrüstung denken können. Das hindert nicht, daß am nächsten Tage ebenso freundlich angedeutet wird: wenn Deutschland in den Pakt eintrete, werde man auch wieder über deutsche Gleichberechtigung in der Aufrüstung sprechen, und am dritten Tage: Frankreich denke nur an seine Sicherheit und deren Erhaltung nach eigenen Methoden. Beweglichkeit ist eine schöne Sache, aber wenn sie zu groß wird, so hört jedenfalls in solchen Fällen die Zweckmäßigkeit auf. Herr Barthou mag aus seiner früheren Advokatenpraxis gute Erfahrungen mit solcher Wechselfaktik gemacht haben. Wenn er aber als Außenminister einer großen Macht von Tag zu Tag sich widerspricht und sich dementiert, so ist das von seinem Standpunkt nicht ge-

rade geschickt, denn die Unmöglichkeit wächst im selben Grade, einen solchen Außenminister ernst zu nehmen, während der deutsche Standpunkt unentwegt der gleiche bleibt. Für uns ist in gewissem Sinne die deutsche Forderung der Gleichberechtigung eintretendenfalls auch gleichbedeutend mit der Abrüstung. Adolf Hitler hat im vorigen Jahr oft genug und unumwunden seine Zustimmung zur Abrüstung, ja auch einer vollständigen, erklärt, vorausgesetzt, daß alle Mächte abrüsteten, und zwar in gleichem Maße wie Deutschland.

Ueber die Einzelheiten der russisch-französischen Paktabsichten wird hier demnächst noch gesprochen werden. Heute beschränken wir uns auf den Grundgedanken und die mit ihm verbundene Grundabsicht:

Die Verwirklichung des Paktes würde im Effekt bedeuten: das Deutsche Reich und ebenso Polen bilden für Frankreich und Rußland vertragsmäßig Durchmarschgebiete. Rußland ist verpflichtet, Frankreichs Ostgrenze zu schützen, Frankreich ist verpflichtet, Rußlands Westgrenze zu schützen. Gegen wen? Gegen Deutschland und im letzteren Falle auch gegen Polen. Beiläufig bemerkt schrieb in Propaganda dieses Planes das „Echo de Paris“: in Rumänien sei man hinter eine deutsche Geheimorganisation gekommen, die einen deutschen Angriff auf Rußland durch Arabien vorbereite. (!!) Kurz vorher schrieb der bekannte Politiker Berlingot: der französisch-russische Bund sei auch deshalb so wichtig, weil er den alten deutsch-russischen Rapallo-Vertrag und das auf diesem stehende Berliner Abkommen vernichte. Noch interessanter war die geistreiche Bemerkung des Herrn Berlingot: wenn Deutschland in den Pakt eintrete, so würde der Pakt selbst eigentlich gar nicht mehr nötig sein, mit anderen Worten: der Zweck aller dieser Manöver war und bleibt, willenlose deutsche Eingliederung in ein unter Frankreichs Hegemonie stehendes europäisches System.

Im Augenblick da diese Zeilen geschrieben werden, scheinen sich auch unter den Paktfreunden Unklarheiten und Mißverständnisse zu häufen. Selbst der lange Besuch General Wengands und die intimfreundschaftlichen Besprechungen zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister zu London haben nicht verhindern können, daß sie besonders die Stellung Deutschlands im Pakt und die Stellung des Paktes zu Deutschland ganz ver-

Jeden Abend, jeden Morgen
Chlorodont
die Qualitäts-Zahnpaste